

15 Jahre Ökologische Linke

Die politische und ökonomische Lage seit der Gründung der Ökologischen Linken

Im 20. Jahrhundert wurde der weltweite kapitalistisch-imperialistische Vormarsch gehemmt, u. a. durch die Existenz eines Gegenblocks der UdSSR und des RGW, durch ansteigende Klassenkämpfe, durch militante organisierte Linke in einigen Ländern der kapitalistischen Zentren und durch erfolgreiche Befreiungsbewegungen im Trikont; eine Wirkung, die trotz bürokratischer Kommandowirtschaften oder nationaler, staatsautoritärer oder sonstiger Borniertheiten nicht zu bestreiten ist.

Die Außerparlamentarische Opposition und die neuen sozialen Bewegungen in der BRD waren Teil dieser heterogenen bis gegensätzlichen und widersprüchlichen Gegenkräfte. Der deutsche Staat reagierte einerseits mit massiven Repressionen gegen die radikalen Kräfte, andererseits mit Integrationsangeboten für die Anpassungswilligen, z. B. mit einer Amnestie.

Die konterrevolutionären Kräfte wuchsen und untergruben die Basis der Gegenkräfte, nachdem der Versuch einer weltweiten Offensive revolutionärer Kräfte und vielfältiger sozialer Bewegungen aus dem Produktionsbereich und aus dem Reproduktionsbereich – vom ArbeiterInnenaufstand bis zur Kulturrevolte in den 1960er und 1970er Jahren vorläufig gescheitert war. Eine Voraussetzung für dieses Scheitern war die atemberaubende Steigerung der Produktivkräfte in den kapitalistischen Zentren, die es den antiemanzipatorischen und konterrevolutionären Kräften erlaubte, Menschen und Natur weltweit auf immer gnadenlosere Weise auszubeuten. Die emanzipatorischen Gegenkräfte hatten dem Tempo der ökonomischen Entwicklung wenig entgegen zu setzen: Einsatz computergesteuerter Technologie, zeitweise explosionsartige Steigerung der Massenproduktion, Massenkonsum und Profitanhäufung. Es wurde für Kapital und Staat leichter, soziale Konflikte zu befrieden und die Klassenseinandersetzungen zu verschleiern. Dabei half eine Palette von Unterdrückungs- und Integrationsmaßnahmen.

Zu diesem so genannten Kalten Krieg gehörte für die imperialistische Weltmacht USA und für das Kriegsbündnis NATO der andauernde Zwang, militärisch und atomar aufzurüsten und die Sowjetunion »totzurüsten«, deren bürokratische Kommandowirtschaft auch als Folge des Stalinismus dem Kapitalismus ökonomisch hoffnungslos unterlegen war. Mit einer Planwirtschaft, gar einer basisdemokratischen Planwirtschaft, die die Interessen und Bedürfnisse aller Menschen befriedigt, sowie mit dem Aufbau der Grundlagen des Kommunismus hatte diese Ökonomie schon bald nach der Oktoberrevolution wenig und am Ende nichts mehr zu tun. Die Konterrevolution feierte ihren Erfolg, als 1989 UdSSR und RGW-Block zusammen brachen und sich auflösten. Eine Wirkung war, dass auch die höchst unterschiedlichen sozialen Bewegungen in den kapitalistischen Zentren, völlig unabhängig von ihrer Einstellung zur UdSSR und zum RGW und gleichgültig ob klassenkämpferisch oder projektorientiert, geschwächt wurden und viel zu oft zerfielen.

Die weltweite kapitalistische Offensive konnte aber letztlich nur so erfolgreich sein, weil es Linke gab, die »überliefen« oder schwerwiegende Fehler machten. Z. B. halfen ehemalige Kommunistische Parteien, sozialrevolutionäre Ansätze zu zerschlagen oder zu sabotieren, wenn sie sich gegen die nationalen Interessen der UdSSR zu richten schienen – das galt z. B. für Kuba und für Chile. Diese ehemaligen Kommunistischen Parteien sind heute entweder nationalkommunistisch, sozialdemokratisch und/oder sozialchauvinistisch. Die

bundesdeutschen maoistischen ML-Parteien waren schon vor 1989, nach der Liquidation des Maoismus in der VR China, zerfallen. Viele ihrer FunktionärInnen und AktivistInnen traten Anfang der 1980er Jahre den Grünen bei und schlugen sich auf die Seite der so genannten Realos und damit auf die Seite der Systemintegration. Für den Preis ihrer Regierungsbeteiligung – konkret: von Mandaten, Staatsämtern und hohen Pensionen (die Realität ist so platt, wie es hier klingt) halfen sie eifrig, radikaldemokratische, radikalökologische, ökosozialistische und antipatriarchale Ansätze zu zerstören. Das Ergebnis spricht für sich. Grüne sind heute ein Teil des Problems, Teil der Herrschenden.

Auch Gruppen, die den antiautoritären, emanzipatorischen Ansatz der APO nicht militant oder bewaffnet weiterführen wollten, wurden von staatlichen Repressionsorganen, von Polizei, Verfassungsschutz und Geheimdiensten verfolgt. Diese Verfolgung kulminierte zwischen Ende 1976 und Ende 1977 in den staatlichen Angriffen auf die Anti-AKW-Bewegung. Die bürgerkriegsähnlichen Maßnahmen gegen die großen Anti-AKW-Demonstrationen von Brokdorf (Oktober und November 1976, Februar 1977), Grohnde (März 1977) und Kalkar (September 1977) jagten vielen Menschen Angst ein, belegten aber auch, dass die radikale Linke in einer strategisch wichtigen Frage politischen Erfolg und Einfluss auf eine breite Masse hatte. Es waren die größten und kämpferischsten Massendemonstrationen und -aktionen seit der Bewegung gegen die Wiederbewaffnung der 1950er Jahre und seit den wilden Streiks der frühen 1970ern. Genau deshalb intervenierte der Staat.

Als Reaktion auf die Eskalation der Ereignisse, den so genannten »Deutschen Herbst 1977« beteiligten sich antiautoritäre Linke maßgeblich an der so genannten »Wahldebatte« und am Gründungsprozess der Grünen. Sie brachte ihre an Marx angelehnten Erkenntnisse über den Zusammenhang der sozialen Frage und der Frage der Naturausbeutung mit. Diejenigen, die DIE GRÜNEN im Frühjahr 1991 verließen und die Ökologische Linke gründeten, retteten dieses Konzept aus dem Niedergang der Grünen. Im Kurzinfo der Ökologischen Linken findet sich deshalb folgendes Zitat von Karl Marx aus dem »Kapital« Band I: »[...] jeder Fortschritt [...] ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter[□], sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit [...] zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. [...] Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter[□].«[□]

Nachdem der Niedergang der Grünen zu einer etablierten, prokapitalistischen Partei endgültig vollzogen war, verließen die RadikalökologInnen, Feministinnen, Öko-anarchistInnen, ÖkosozialistInnen, viele Wertkonservative zwischen Ende 1990 und Anfang 1991 die Partei. Viele versuchten, eine strömungsübergreifende Sammlung von Antiautoritären, Autonomen, sozialen AnarchistInnen, Feministinnen, AntiimperialistInnen und anderen in Gang zu setzen. Ein Produkt dieses Versuchs war die »Radikale Linke«, ein viel versprechender Ansatz, der nach einer Reihe von Konflikten an inneren Widersprüchen zerbrach. Hatten die »Nie wieder Deutschland«-Demonstrationen vom Mai 1990 und zwei Kongresse mit klarer antideutscher, antinationaler Orientierung noch Furore gemacht, riss die Unterstützung des imperialistischen Golfkriegs der USA gegen den Irak im Winter 1990/1991 einige Teile von der »Radikalen Linken« ab. Einige befürworteten sogar den Einsatz von Atombomben gegen den Irak, da sie der Meinung waren, nur so könne die Atommacht Israel geschützt werden. Einige von ihnen initiierten später die US-Bannerträger-Truppe des reaktionären Teils der »antideutschen« Strömung.

□ die lohnarbeitenden Menschen

□□ Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. I, MEW 23, 1867, S. 529

Als Keim eines Neuanfangs und als historischer Versuch, die politischen Erkenntnisse und Erfahrungen der radikalen Linken zu bewahren und weiter zu entwickeln, wurde 1991 die Ökologische Linke gegründet. Bald stellte sich heraus, dass der zersetzte Zustand der Linken den etwas naiv erhofften Massencharakter der neuen Organisation nicht erlaubte. Unter dem Druck von Staat und Medien zerfiel auch so manches Selbstbewusstsein, Resignation, Sektiererei und neurechte Ansätze im linken Gewand wuchsen.

Die Offensive der Herrschenden und der allgemeine Niedergang der Linken beschränken realistisch den Rahmen, in dem sich Widerstandsprojekte wie die Ökologische Linke entfalten können. Falsch wäre, dies als Legitimation für Aufgabe, Passivität und traurig-tatenloses Überwintern in konterrevolutionären Zeiten misszuverstehen. Oder dafür, sich in die Pose des »Kritischen Kritikers« zu schmeißen und aus Fehlern und Unzulänglichkeiten zynischerweise die Bemühungen um den Aufbau von sozialen Bewegungen als falsch zu denunzieren. Ohne soziale Bewegungen, ohne gesellschaftliche Gegenmacht geht gar nichts. Die Aufgabe der Ökologischen Linken ist es in Bewegungen wie der Anti-AKW-Bewegung mitzuwirken und beizutragen, dass diese neue gesellschaftliche Kraft entwickeln. Maßstab der Beteiligung sind unsere »Qualitätskriterien«. Deshalb kritisieren wir in diesen oft sehr inhomogenen und widersprüchlichen Bündnissen z. B. antihumane Ideologien wie die Zinsknechtschaftstheorie eines Silvio Gesell, die Bioethik, die Esoterik, die Gleichsetzung von Tieren und Menschen, von Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung; von der Befürwortung von imperialistischen Kriegen und der Entwicklung von Destruktivkräften nicht zu schweigen.

Mit der Ökologischen Linken sollte eine gesamtpolitische, basisdemokratische Organisation und eine gemeinsame verbindliche politische Arbeit gegen die sich selbst beschränkenden Ein-Punkt-Bewegungen und unverbindliche wirkungslose Netzwerke auf die Beine gestellt werden. Die Gründung der Ökologischen Linken vor fünfzehn Jahren fiel in die Zeit der deutschnationalen Besoffenheit. Auf den ersten beiden Bundeskonferenzen der Ökologischen Linken am 11./12. Mai 1991 und vom 6. bis 8. Dezember 1991, beide in Frankfurt am Main, wurde die Gründung abgeschlossen und die Grundsatzklärung in einer ersten Fassung verabschiedet. In ihrer heute gültigen Fassung wurde unsere Grundsatzklärung auf einer Bundeskonferenz im März 1993 in Göttingen beschlossen.

Die Ökologische Linke sollte die inhaltliche und organisatorische Plattform dafür sein, in die linke Debatte und in die Bewegungsmilieus hineinzuwirken, die sich (noch) der Anpassung und dem Opportunismus verweigerten. Sie wollte radikalökologische, antikapitalistische, antipatriarchale, antirassistische und antiautoritäre Kritik in die dafür noch erreichbaren linken Spektren hinein tragen. Die Ökologische Linke bediente sich dabei im Laufe der Zeit unterschiedlicher Medien.

Die antiautoritär-marxistische und radikalökologische Theoriebildung und -debatte sollte und soll vertieft und weiter entwickelt werden, u. a. mit der Seminarreihe »Strategien des Klassenkampfes«, in deren Rahmen neue ökonomische, politisch-staatliche und stofflich-technische Entwicklungen innerhalb des Kapitalismus zu analysieren sind.

Die Ökologische Linke ist nach wie vor eine Organisation für linksradikale, ökosozialistische, sozial-anarchistische, radikaldemokratische und andere widerständige linke Menschen. Wir haben seit unserer Gründung an den meisten Revolutionären 1. Mai-Demonstrationen in Berlin teilgenommen, an den jährlichen Gegenaktionen gegen CASTOR-Transporte nach Gorleben und einige Jahre an den – aufgelösten – antinationalen Aktionen am 3. Oktober.

Auf den Bundeskonferenzen werden politische Kampagnen beschlossen, durchaus kontrovers diskutiert und, daraus folgend, inhaltliche Schwerpunkte festgelegt. Die

Ökologische Linke sucht die Zusammenarbeit mit organisierten Linken in gesellschaftlichen Kämpfen, in denen es Ansätze von Gegenmacht und emanzipatorischem Bewusstsein gibt. Neben der Anti-AKW-Bewegung – gegen den Atomkonzern *Siemens*, beim Atommüll-Transport Dresden-Ahaus, anlässlich des 10. bzw. 20. Jahrestags der Atomkatastrophe von Tschernobyl, gegen das AKW Neckarwestheim oder gegen den Neubau des FRM II-Atomreaktors in Garching bei München, in dem atomwaffenfähiges Uran verwendet wird – waren das etwa die Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel (WWG) in München 1992, gegen den EU-Gipfel und den WWG 1999 in Köln. Aktuell beteiligen wir uns an den Vorbereitungen von Aktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007; an Aktionen gegen die Zerschlagung von erkämpften sozialen Absicherungen, an Aktionen gegen den imperialistischen (Antiterror-) Krieg und gegen den Überwachungs- und Polizeistaat; »nachhaltig« an der Auseinandersetzung mit ökofaschistischen, esoterischen und pro-Euthanasie-Positionen, um deren weitere Ausbreitung innerhalb linker Bewegungen und in der Gesellschaft zu verhindern. Wir setzen uns für die Freilassung von allen politischen Gefangenen weltweit ein und haben uns in der Kampagne für die Verhinderung der Hinrichtung und für die Freilassung von Mumia Abu-Jamal sowie gegen Folter und die Todesstrafe engagiert. Die Ökologische Linke war 1993 am »Tag X« bei der Bundestagsblockade gegen die Abschaffung des Asylrechts, hat mitdemonstriert gegen die Abschiebeknäste am Flughafen in Frankfurt am Main und in Büren, gegen den Frauenabschiebeknast Neuss und für offene Grenzen statt einer Festung EU-Europa. Von Fall zu Fall hat sich die Ökologische Linke auch an Wahlen beteiligt, um politische Widersprüche in den Staatsapparat hineinzutragen und um andere, auch bürgerliche Menschen zu erreichen.

Der rote Faden in unserer Arbeit ist der Kampf gegen den Kapitalismus nicht nur in der Lohnarbeit, sondern in allen seinen Erscheinungsformen. Der Kapitalismus ist anpassungsfähig. Das Kapital versucht, Widersprüche auszuschalten oder zu kanalisieren und gibt damit auch relevante Themen und zentrale Handlungsfelder vor, in denen sich antikapitalistischer Widerstand ausdrücken kann. An diesen Reibungsstellen ergeben sich Möglichkeiten, das Wesen des Kapitalismus offen zu legen, über seinen Ausbeutungs- und Entfremdungsmechanismus aufzuklären und Menschen für die gesellschaftliche Auseinandersetzung und den Widerstand zu gewinnen. Manchmal gelingt es, die Auseinandersetzung selbst zu bestimmen und antagonistisch angelegte gesellschaftliche Themen in Kämpfen zu bündeln.

Kapitalistische Konkurrenz auf dem Weltmarkt hat zur Herausbildung von Freihandelszonen um zwei von den drei kapitalistischen Zentren geführt, USA mit der NAFTA (North American Free Trade Agreement) und BRD/Frankreich/Großbritannien mit EU-Europa.

Unangefochtene imperialistische Führungsmacht ist als Folge des Zweiten Weltkriegs die USA. Die kapitalistischen Zentren konkurrieren miteinander. Die zeitweilige Existenz eines gemeinsamen Hauptfeindes – der UdSSR – hat die innerkapitalistische Konkurrenz auf militärischem Gebiet gebremst. Zeitweise hatte das Kapital ein Interesse, die Klassenkämpfe durch soziale Zugeständnisse und Rücksichtnahmen zu entschärfen – bei gleichzeitiger Repression gegen Versuche, die behauptete Sozialpartnerschaft kämpferisch in Frage zu stellen. Die Regel im weltweiten Kapitalismus stellen aber massenhafte Erwerbslosigkeit, Armut und Elend dar. Die ohnehin nur begrenzt geltenden Menschenrechte werden zurzeit wieder in großen Brocken dem Recht des Staates unterworfen. Die bürgerliche Demokratie, also die angebliche Kontrolle des bürgerlichen Staates durch das Parlament, wird zunehmend aufgehoben und immer mehr Macht in der Exekutive konzentriert, so wie es in der bürokratischen EU-Diktatur bereits der Fall ist.

Im Gegensatz zu vulgärmaterialistisch oder ökonomistisch ausgerichteten Linken betreiben wir eine über die Kritik an der unmittelbaren Mehrwertauspressung hinausgehende linke Theorie und Praxis. Durch die dialektisch miteinander verbundenen Schritte Aktion –

Aufklärung – Organisation versuchen wir Menschen zu organisieren und das politische Klima von links her zu beeinflussen. Dieser Ansatz findet seine Gegenstände insbesondere im Kampf gegen die Destruktivkraftentwicklung und die bornierte, zur Naturzerstörung führende Entfaltung der Produktivkräfte durch die Bourgeoisie, gegen antirationale Tendenzen, Religion, Esoterik, Ökofaschismus usw.. Wir kritisieren scharf die Anpassungstendenzen in der »Linken« durch die Beteiligung an reformistischen oder offen proimperialistischen Kampagnen oder Organisationen.

Die kapitalistische Produktionsweise hat bei der Aneignung und Vernutzung der äußeren Natur bereits nahezu irreversible Schäden hervorgerufen: Ausbreitung der Wüsten, Artensterben, Aufheizung der Atmosphäre, radioaktive Verstrahlung. Als Destruktivkräfte bezeichnen wir die vom Kapital entwickelten Produktivkräfte, die zu einer neuen Stufe der Naturunterwerfung führen und deren Anwendung unweigerlich zur Zerstörung der Natur und zur Vernichtung von Menschen führt. So z. B. die Atomenergie oder die Gentechnologie mit ihrem sich selbst vermehrenden Risiko und der ihr innewohnenden Tendenz zur Selektion, mit ihrer Möglichkeit zur Verwertung des Menschen in seiner biologischen Substanz und seiner Zerstörung als sozialem Wesen. Wir gehen gegen die Fortschrittsgläubigkeit innerhalb der Linken vor und versuchen die Frage des Verhältnisses von Gesellschaft und Natur in Klassengesellschaften, im Kapitalismus zu thematisieren. Wir treten ein für eine emanzipatorische und antikapitalistische Ökologiepolitik und bekämpfen technokratische grüne Nachhaltigkeits-Konzepte und reaktionäre subsistenzorientierte Ideologien.

Die Esoterik ist eine ablehnende Reaktion auf den aufklärerischen, rationalen Anteil in der bürgerlichen Vernunft und gegen für alle gleichermaßen gültige Menschenrechte. Auch wir wollen den Menschen nicht reduzieren lassen auf etwas Maschinenhaftes – aber wir bekämpfen scharf die irrationalen Lehren, mit denen die Esoterik die Menschen dafür auf Naturhaftes reduziert.

Die Ökologische Linke hat in den Jahren ihres Bestehens gegen die Verbreitung von menschenfeindlichen Ideologien auch in der Linken gekämpft, gegen »Tierrechts«ideologInnen, gegen Ökofaschismus und romantische Technikfeindlichkeit, gegen Biozentrismus und gegen die faschistische These von der Gleichwertigkeit von Menschen und Kakerlaken. Mit gewissem Erfolg – die BRD ist das einzige Land, in dem diese Bewegung angegriffen und ihr zeitweilig – zumindest im Rahmen der Auseinandersetzung – die Basis entzogen werden konnte.

Aus der Ohnmacht gegenüber den scheinbar fest zementierten Ausbeutungsverhältnissen und aus der Skrupellosigkeit, durch politischen Seitenwechsel endlich an den Genüssen des Systems teil haben zu wollen, entspringen immer wieder alte reformistische Illusionen und neue sozialdemokratische Parteibildungen.

Die Ökologische Linke hat massiv zur Entzauberung der Grünen beigetragen und hat von Beginn an schonungslos – trotz der »Weg mit Kohl!«-Stimmungen – die SPD/Grüne Bundesregierung entlarvt, als *jungle world* und *taz* noch eine »neue Ära« abfeierten. »Rot-Grün« war die beste politische Agentur, um den Klassenkampf von oben politisch abzusichern, sie als wohltätig für die Menschen zu legitimieren. SPD/Grüne setzten die bis dahin massivste Zerstörung erkämpfter sozialer Absicherungen in Gang, genehmigten es, die Atomkraftwerke weiterlaufen zu lassen und starteten den ersten Angriffskrieg mit deutscher Beteiligung nach 1945. Nachdem diese Aufgaben erfüllt waren, machte das SPD/Grüne-Bündnis 2005 seinen Abgang.

In Veröffentlichungen, auf Veranstaltungen und Demonstrationen kritisierten wir die pro-Atom- und -Kriegspolitik von SPD/Grüner Bundesregierung und die in ihre Fußstapfen

tretende Die Linkspartei.PDS. Auch die neue Sozialdemokratie will keinen Bruch mit den weltweiten Gewaltstrukturen des Kapitalismus. Deshalb stehen ihr soziale Utopien für ein anderes Leben, das die freie Entfaltung aller Menschen gewähren könnte, im Weg. Deshalb stört jeder Gedanke an eine wirkliche soziale Emanzipation. Deshalb steht die Linkspartei fest auf kapitalistischem Boden; ihr »demokratischer Sozialismus« schließt das Privateigentum an Produktionsmitteln und das Profitinteresse der EigentümerInnen mit ein. Sie ist letztlich antikommunistisch und antiemanzipatorisch.

Innerhalb des politischen Gravitationsfeldes der Linkspartei versucht die »Interventionistische Linke« zurzeit eine Scharnierfunktion zwischen parteiförmiger Sozialdemokratie und außerparlamentarischen reformerischen Gruppen einzunehmen und hilft, Teile sozialer Bewegungen an die Linkspartei anzudocken. Das wird ihr nicht überall schwer gemacht. Denn auch passende post-autonome Kaninchen werden aus dem Hut gezaubert, wie z. B. »Existenzgeld«-Forderungen oder »das Recht auf globale Rechte«, »Aneignungs«-Kampagnen oder Netzwerk-Ideen »von unten«, bei denen es sich zumeist um Bittstellerei für die Rückkehr des keynesianischen Wohlfahrtsstaates auf abgespeckten Niveau oder um die abgenagten Knochen alter »Alternativökonomie«-Nischenpolitik handelt. Die Auseinandersetzung mit reformistischen und sozialdemokratischen Strömungen, ihrer konterrevolutionären Geschichte, Ideologie und unzulänglichen Praxis angesichts des Sozialterrors der Herrschenden war Schwerpunktthema von mehreren Bundeskonferenzen, seien es u. a. die so genannte Antiglobalisierungsbewegung 2001 oder die Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV/Agenda 2010 in den Jahren 2003/2004.

Teile der ehemaligen Antideutschen sind in das imperialistische Lager gewechselt. Die Ökologische Linke hat zu Antinationalismus/Antideutsch eine eigenständige Position entwickelt. Die soziale Frage und die daraus resultierende Zersetzung des Bewusstseins – die zu reaktionären und antisemitischen Denkmustern führen kann – bleibt eine Frage der Linken. In sozialen Auseinandersetzungen kann progressives und antirassistisches Bewusstsein aufgebaut werden; im Gegensatz dazu will der reaktionäre Flügel der Antideutschen mit den Unterdrückten und Ausgebeuteten nichts mehr am Hut haben und schlägt sich auf die Seite derer, die soziale Revolten mit militärischen Interventionen bekämpfen wollen und befürwortet imperialistische Kriege.

Die Ökologische Linke bildet seit ihrer Gründung 1991 einen Organisationskern mit bundesweitem Einfluss. Eine Einschätzung der Relevanz der Ökologischen Linken und ihres Kampfes gegen den Kapitalismus misst sich an der gesellschaftlichen Situation – ob es gelungen ist, Einbrüche in das konformistische Bewusstsein zu erzielen und antikapitalistischem Bewusstsein und Handeln auf die Sprünge zu helfen. Dies ist der Ökologischen Linken an einigen Punkten – ungeachtet des Niedergangs und der Verblödung mancher linker Milieus – gelungen und sie hat zu einer Bereicherung der linken Debatte und zum Erhalt von revolutionärem Bewusstsein beigetragen.

Die Ökologische Linke ist zur Zeit mit ihrem Modell einer verbindlichen basisdemokratischen Organisation – weder Kader- noch reformistische Mitgliedspartei – die einzige bundesweite linke Organisation im antiautoritär-linksradikealen Bereich. Die bundesweite Struktur von Info-Läden und autonomen Jugendzentren, die für Linksradikeale Räume für die politische Auseinandersetzung geschaffen haben, ist inzwischen sukzessive zerstört worden. Die Antifaschistische Aktion/BO existiert nicht mehr, die lokalen Antifa-Gruppen haben sich fast durchgängig gespalten, der Rest ist zersplittert. Ein Versuch der antifa f, auf Basis verbindlicherer Strukturen kleine antifaschistische Gruppen und aufgeklärte Antideutsche unter Einbezug der sozialen Frage regional zu sammeln und schlagkräftiger zu werden, scheint ins Leere gelaufen zu sein.

Der Prozess der Konterrevolution, der roll-back, ist auf keiner Ebene abgeschlossen. Im Gegenteil. Auf unabsehbare Zeit scheint das Kapital weltweit schrankenlos akkumulieren zu können und fährt riesige Profite ein. Neben dem Tagesgeschäft der an der Oberfläche zivil gekleideten kapitalistischen Ausbeutung und Durchdringung u. a. durch WTO (World Trade Organization), IWF (Internationaler Währungsfonds) und GATS (General Agreement on Trade and Services) bedient sich das Kapital offen und verstärkt direkter staatlicher und zwischenstaatlicher Gewalt: Kriege, Interventionen und militärische Besatzung sind ebenso Teil des Kampfes gegen den Terror, wie polizeistaatliche und diktatorische Maßnahmen. Es ist für den Erhalt von politischen Spielräumen nötig zu versuchen, alle Widersprüche zu nutzen, um den Prozess der innenpolitischen Konterrevolution zu verlangsamen.

Der »Krieg gegen den Terror« wird auch als sozialer Angriff gegen eine potenzielle Neuformierung von sozialen Kämpfen geführt, wie im Irak, gegen neue Ansätze von ArbeiterInnen- und Arbeitslosenbewegung oder der Frauenbewegung oder in Kolumbien gegen die von der Guerilla befreiten Gebiete und gegen andere Widerstandsbewegungen, z. B. Rätestrukturen in Stadtteilen oder kämpferische Gewerkschaften in internationalen Konzernen.

Die drei kapitalistischen Zentren Japan, USA und EU-Europa sind die Ausgangspunkte für imperialistisches Bestreben. Ihr Wettbewerb dreht sich um den strategischen Einfluss in bestimmten Regionen, um Rohstoffquellen, Absatzmärkte und ausbeutbare Arbeitskraft. Aufgrund fehlender Gegenkräfte drückt sich der aggressive Expansionsdrang des Kapitals zunehmend wieder krieglerisch aus und die Konflikte zwischen den verschiedenen Zentren können sich zuspitzen. Dazu kommen die Interessenskollisionen mit den Atombombenstaaten VR China oder Russland.

Die Initiativen des BundessprecherInnenrates der Ökologischen Linken (BSR) und aktiver Zusammenhänge in der Ökologischen Linken zielen darauf, direkt an möglichen gesellschaftlichen Brüchen anzusetzen, Ansätze von kritischem Bewusstsein und von Gegenmacht zu stärken. Die politischen Ziele und Themen für die Gründung der Ökologischen Linken und die daraus ableitbaren Handlungsstränge sind noch immer unabgegolten: Der Kampf gegen die Entwertung des Menschen z. B. durch biologistische Zuschreibungen oder Euthanasie-Tendenzen im Gesundheitswesen und gegen die Gefährdungen durch Destruktivkräfte wie die Gentechnologie; der Aufbau verbindlicher Strukturen für verbindliche politische Arbeit und das Bemühen um Theoriebildung und dialektische theoretische Debatte auf der Höhe der Kapitalismuskritik unserer Zeit; die Orientierung von linksradikalen Kampagnen und Aktionen und die Teilnahme an gesellschaftlichen Kämpfen wie bei Anti-AKW- und Anti-Gipfel-Aktionen.

Trotz der Dominanz der Herrschenden beeinflussen viele Faktoren die politischen Debatten und die Möglichkeiten, auf sie einzuwirken. In diesen Widersprüchen kann sich ein Korridor auftun, in dem es Raum für die Debatte gegen die Entwertungsmechanik des Kapitalismus gibt und gegen die es anzukämpfen gilt. Nach wochenlangen Kämpfen musste die französische Regierung z. B. Teile ihres Programms zurücknehmen, mit dem rechtliche Grenzen der Ausbeutung der Lohnabhängigen beseitigt worden wären. Danach war auch in der BRD immer wieder der hoffnungsvolle Wunsch nach »französischen Verhältnissen« zu hören. Gleichzeitig bietet der weltweite Kapitalismus in den kapitalistischen Zentren nach wie vor einige Annehmlichkeiten an, um sich in ihm scheinbar bequem einzurichten, anstatt mit kollektivem Protest und Widerstand zu beginnen und für soziale Gleichheit zu kämpfen. Im Vergleich zum Ausmaß der sozialen Brüche in Lateinamerika sind die Kämpfe im EU-Kern-europa allerdings nur schwach, können sich aber dazu in ein Verhältnis setzen.

Aktuelle Entwicklungen

Das Fahnenmeer während des Kommerzereignisses Fussball-Weltmeisterschaft hat die breite Verankerung des Nationalismus in der bundesdeutschen Gesellschaft offenbart und die reicht weit auch in scheinbar linke Szenen – z. B. wurden auch im antideutsch orientierten, alternativen Zentrum Conne Island in Leipzig die deutschen Fahnen geschwenkt. Der in den Medien und von Regierung, Kapital und etablierten Parteien hochgejubelte Deutschlandwahn richtete sich konkret und rassistisch gegen jeweils alle, die dem deutschen »Dreamteam« den Sieg vermessen wollten. Während auch Menschen, die unter Sozialterror, Zwangsarbeit durch 1-Euro-Jobs, der Einführung der Klassenmedizin leiden, in den nationalen Taumel fielen, nutzten die Herrschenden die Situation und setzten auf die Schweinereien des seit Jahren und Hartz voranschreitenden Sozialterrors noch eins drauf: Die Regelsätze von »Hartz IV« wurden gesenkt, die Überwachung der auf staatliche Unterstützung angewiesenen Menschen wurde verschärft. Vor der Massenveranstaltung wurden wie z. B. in Hamburg, die Städte von all denen gesäubert, die das Bild vom »sauberen« Deutschland gestört hätten und BettlerInnen aus der Innenstadt verwiesen. Danach diskutierte die sächsische CDU wieder über das Erlernen der Nationalhymne in den Grundschulen.

Die CDU greift dabei nur auf, was in der bundesdeutschen Gesellschaft tief verankert ist. Offensichtlich wird dies z. B. bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Neonazis sind dort in »Freien Kameradschaften« organisiert, die NPD wird als Parteiorganisation genutzt. Die NPD erreichte in einzelnen Wahlkreisen ein Stimmenergebnis von bis zu 38,2 % und sitzt jetzt mit einem landesweiten Ergebnis von 7,3 % und 6 Sitzen im Landtag in Schwerin, wo im Sommer 2006 mit der Ausstellung des Lieblingsbildhauers Hitlers Arnold Breker die Relativierung des NS-Faschismus wieder einmal auf der Tagesordnung stand. In Berlin kommt die NPD bei der Wahl im September 2006 zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksparlamenten zwar nicht über die für das Abgeordnetenhaus notwendige 5% Hürde, ist jetzt aber in 4 Bezirksparlamenten vertreten. Auch in Niedersachsen agieren NPD bzw. Freie Kameradschaften flächendeckend, sie treten öffentlich auf und Gewalttaten besonders gegen MigrantInnen nehmen zu. Die Neonazis zeigen bundesweit mit groß angekündigten Demonstrationen Präsenz, so in Frankfurt am Main, Leipzig, Dresden, Rostock, Göttingen, Berlin. Sie greifen für ihre Propaganda antikapitalistische Parolen auf, die sie dann deutschnational wenden. Manche Kameradschaften gleichen sich im Aussehen der Antifa an. Durch antifaschistische Blockaden und Gegendemos werden sie zwar behindert, aber die mörderische Präsenz entfaltet sich vor allem im Alltag. Seit 1989 bedeutete dies für über 130 Menschen den Tod. Als neue Qualität entwickelte sich in und um die rechte Szene eine Subkultur, in der z. B. Musik der emotionale Verstärker inhumanen Denkens ist.

Anti-Nazi-Zeichen werden nach § 86 StGB kriminalisiert, obwohl der Bundesgerichtshof schon 1973 entschied, dass die Abbildung von Hakenkreuzen nicht strafbar ist, wenn diese »eindeutig« die Gegnerschaft zum NS-Faschismus ausdrücken. In Stuttgart wurde dennoch ein Händler verurteilt, der entsprechende Symbole verkauft. Zwar benutzte z. B. die FIFA zur WM das durchgestrichene Hakenkreuz, aber da war es als international wirksames Aushängeschild scheinbarer deutscher Korrektheit politisch natürlich erwünscht. Politisch unerwünscht ist dagegen der Widerstand der Antifaszene gegen den rechten Sumpf in der Gesellschaft.

Neonazis bestimmen in vielen Regionen den Alltag. Die maßgeblich von Medienkonzernen finanzierte Kampagne »Du bist Deutschland« warb für die »Deutsche Kulturnation« und einen bürgerlichen, »unbeschwerten Patriotismus« – ohne wahrnehmbaren Protest! Das in der Gesellschaft verankerte deutschnationale Denken ist wieder alltäglich spürbar und gleich eines Rückfalls in die Strukturen der 1960er Jahre werden Disziplin, Gehorsam und

Nationalstolz als »erstrebenswerte Werte« eingefordert. Zu diesen Werten gehört auch wieder die Religion, die den Menschen die Flucht aus dem aussichtslosen Alltag in die Irrationalität bietet. Sie schwimmt in einer breiten esoterischen Welle. Humanistisches Menschenbild und naturwissenschaftliche Erkenntnis weichen wieder religiösen Erklärungsmustern. Die christliche Religion bekommt den pseudowissenschaftlichen Mantel des »Intelligent Design« , d. h. die Lehre dass Gott auch noch die Evolution vorausgeplant hat. »Intelligent Design« soll den Kreationismus an die Stelle der naturwissenschaftlichen Evolutionslehre rücken. In Bayern dröhnt der Papst-Wahn alle und alles zu, im Entwurf für eine Novellierung des Schulgesetzes in NRW soll die »Ehrfurcht vor Gott« als Ziel festgeschrieben werden. In Hessen vertreten evangelikale Lehrer an zwei Schulen im Biologieunterricht die Schöpfungslehre aus der Bibel und in hessischen Schulbibliotheken steht kreationistische Schundliteratur. An sächsischen Schulen soll wieder in Deutsch und Mathematik Abitur gemacht werden müssen, das heißt ein Schritt zurück in die 1960er Jahre, in die Untertanenpädagogik im Dienste der kapitalistischen Verwertung. Im hessischen Dietzenbach beschloss das Stadtparlament, dass in Kindergärten die deutsche Fahne und das Bild des Bundespräsidenten aufgehängt werden muss, und bestimmte Deutsch als Umgangssprache.

Im »Dienste der Sicherheit« wurden in der BRD mit der Fussball-Weltmeisterschaft Einschränkungen im Versammlungsrecht durchgesetzt und Kameras im öffentlichen Raum massenhaft installiert. Mit RFID-Chips in den Eintrittskarten und Hochleistungshubschraubern zur Überwachung aus der Luft wurde der Überwachungsstaat aufgerüstet. Wie von Innenminister Schäuble wiederholt vorgeschlagen, wurde auch die Bundeswehr zur WM eingesetzt, Soldaten mit Spürpanzern waren vor Ort stationiert und AWACS-Flugzeuge der NATO standen zum Einsatz bereit.

Die Unterwerfung der Menschenrechte unter die Interessen des Staates ist nach den Anschlägen in London am 7. Juli 2005 nahezu vollendet. Selbst noch in der Verfassung festgeschriebene Menschenrechte können jederzeit für Einzelne oder Gruppen außer Kraft gesetzt werden. Die Videoüberwachung öffentlicher Räume wird systematisch ausgebaut. Mit großer Zustimmung der BewohnerInnen überwachen sich diese im Londoner Stadtteil Shoreditch bereits gegenseitig. Ein von der Regierung finanziertes Pilotprojekt liefert die Bilder der 400 im Stadtteil installierten Videokameras über einen neu geschaffenen Fernsehkanal direkt auf Fernseh- oder Computerschirme von 1000 Privathaushalten. Hinweise auf Straftäter usw. können online und anonym an die Polizei übermittelt werden. Zuvor kann mensch die verdächtigen Personen auch noch über eine Online-Galerie mit »bekannten Kriminellen« vergleichen!

Im Mainzer Hauptbahnhof wird seit Oktober 2006 auch die biometrische Erfassung von Gesichtern getestet – zunächst mit 200 Freiwilligen und in einem gekennzeichneten Bereich. Erfasste Personen sollen sekundenschnell automatisch identifiziert werden können. Bisher haben die Erkennungsraten nur eine geringe Zuverlässigkeit. Die soll jetzt durch die Erkenntnisse aus den Feldversuchen entsprechend weiterentwickelt werden. Die biometrische Erfassung der Bevölkerung hat in der BRD seit November 2005 mit der Einführung des biometrischen Passes bereits begonnen, ab 2008 wird auch der Personalausweis hochgerüstet: RFID-Chip, digitales Bild und digitaler Fingerabdruck werden dann auch dort eingebaut. Dass der RFID-Code entgegen allen Sicherheitsbeteuerungen zu knacken ist, hat im August 2006 ein Computerfachmann aus Hildesheim schon bewiesen! In Kalifornien wurde der Nachbau eines Insektenauges, das heißt die Kombination tausender, kleinster Einzelaugen zu einem Komplexauge entwickelt, das mit 360 Grad hervorragende Eigenschaften für die Rundumüberwachung besitzt.

Mit der Grundgesetzänderung vom 1. September 2006 kann die Bundesregierung die Bundespolizei ausbauen. Vorbild für die neuen Rechte des Bundeskriminalamtes ist das FBI. Es soll jetzt auch so genannte vorbeugende Befugnisse für die Verfolgung von schweren Straftaten bekommen und der Länderpolizei in ihren Rechten mindestens gleichgestellt werden. Die Repressions- und Überwachungseinrichtungen der BRD, Geheimdienste und Polizeiapparate sollen mit einer zentralen Datei, der Antiterrordatei Zugriff auf alle Daten der hier gespeicherten Personen bekommen. Neben Adressen oder Sprachkenntnissen werden »besondere Fähigkeiten« wie der Umgang mit Sprengstoff und die Religionszugehörigkeit gespeichert. Auch der Eintrag von persönlichen Einschätzungen der ErmittlerInnen oder von Personen aus dem Umfeld einer in die Datei geratenen Person soll möglich sein. Organisatorisch wird dafür das »Gemeinsame Terrorismus-Abwehrzentrum« (GTAZ) in Berlin-Treptow geschaffen. Da mit Einführung der Antiterrordatei die Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten verbessert werden soll, bedeutet sie einen weiteren, wesentlichen Schritt bei der Aufhebung der nach dem NS-Faschismus eingeführten Trennung der Arbeit von Polizei und Geheimdiensten. Gleich nebenan sitzt auch das neu geschaffene »Gemeinsame Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration« (GASiM) unter Beteiligung von Bundeskriminalamt, Bundespolizei (ehem. Bundesgrenzschutz), Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Finanzkontrolle »Schwarzarbeit«, Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Auswärtigen Amt. Nach der faktischen Abschaffung des Asylrechtes ist die Zuwanderung in die BRD über Asylverfahren oder Zuwanderungsgesetz im Prinzip aussichtslos geworden. Die Quote positiv beschiedener Asylanträge hat 2005 nur 0,9 % betragen und gewährtes Asyl wurde in den letzten Jahren bei über 40.000 Menschen widerrufen. Mit dem Zentrum GASiM wird nun den illegalisierten Menschen in der BRD der organisierte Kampf angesagt.

Auch auf europäischer Ebene tun sich deutsche PolitikerInnen mit menschenverachtendem Engagement hervor, für die als »Grenzpolizisten« geplante schnelle EU-Eingreiftruppe »Frontex« soll es bereits die Zusage einer bundesdeutschen Beteiligung geben. Für die Unterstützung der mörderischen Asyl- und Abschiebep Praxis der Festung Europa werden die angrenzenden afrikanischen Staaten von der EU mit 15 Milliarden aufgerüstet. Gegen rassistische Ausgrenzung und innere Aufrüstung fand während der WM in Frankfurt/Main die Demonstration »Just-kick-it!« am 1. Juni 2006 statt, zu der auch ÖkoLinX-ARL im Römer aufgerufen hat. Entsprechende Aktionen gab es auch in Hamburg und Berlin.

Die Gültigkeit der 2002 beschlossenen so genannten Antiterrorgesetze wurde im Juli 2006 um weitere 5 Jahre verlängert. Zudem wurden Befugnisse des Militärischen Abschirmdienstes und des Bundesnachrichtendienstes erweitert und denen des Verfassungsschutzes angeglichen. Sie alle dürfen jetzt auch bei »sonstigen extremistischen Bestrebungen« tätig werden, wenn von Ihnen eine schwer wiegende Gefährdung ausgeht und ein Gewaltbezug vorliegt. Zehntausende von Konten wurden seit der Inkraftsetzung der Antiterrorgesetze im Jahr 2002 überprüft.

Während das Bundesverfassungsgericht im April 2006 einer präventiven polizeilichen Rasterfahndung Grenzen setzt, rüsten die Repressionsorgane auf. Der Taser-Einsatz ist in Bayern seit Jahresbeginn erlaubt und soll auch in anderen Bundesländern eingeführt werden. Der Taser verursacht äußerst schmerzhaft 50.000 Volt-Schocks und löst beim Getroffenen Orientierungsverlust und einen Schockzustand aus, der zu Bewegungsunfähigkeit führt. Tödliche Folgen sind wegen der massiven Belastungen des Herzens nicht ausgeschlossen. In Großbritannien, der Schweiz, in Schweden und Finnland ist er schon im Einsatz. Die Polizeigesetze in Schleswig-Holstein wie auch dem Saarland sollen verschärft werden. Geplant ist die Erfassung von KFZ-Nummernschildern durch eine automatische Rasterfahndung mit fest installierten Kameras und das Abhören von Telefongesprächen ohne bestimmten Anlass. Die Nutzung von Foltergeständnissen durch die Geheimdienste

wird von Innenminister Schäuble verteidigt und die Nutzung in Gerichtsverfahren wird diskutiert.

Anknüpfend an die Berufsverbotspraxis der 1970er Jahre wird in Hessen wie in Baden-Württemberg ein Berufsverbot für einen Antifaschisten wegen Mitgliedschaft in einer Antifa-Gruppe ausgesprochen. Als Grundlage der Argumentation dienen die Ablehnung des Staates und die Kritik an dessen Verfassungsorganen. Gegen Überwachung und Repression fand am 15. Juli 2006 in Berlin eine Antikapitalistische Demonstration und am 15. Juni 2006 eine überregionale Anti-Repressionsdemonstration in Stuttgart statt.

Durch Überwachung und repressive Eingriffe werden längst auch die neuen Medien der staatlichen Zensur unterworfen. Die viel beschworene Freiheit des Internet erweist sich als schöner Schein. Suchmaschinen wie Google-China zensieren sich inzwischen selbst, um ihre Lizenz in China zu halten. In der BRD, wo es offiziell keine Zensur gibt, übernimmt die »Freiwillige Selbstkontrolle« der Branche die Dreckarbeit. Aber auch z. B. die New York Times sperrt vorbeugend Teile ihrer Informationen regional z. B. für Großbritannien, wenn deren Gesetze es angeblich notwendig machen.

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird tiefer und breiter. Das private Vermögen in der BRD ist erheblich gestiegen, 10 % der deutschen Haushalte besitzen 47 % des Vermögens, während gleichzeitig selbst mit einem Job das Existenzminimum für viele nicht mehr zu schaffen ist. Mit der Unternehmenssteuerreform, der Halbierung der Körperschaftssteuer, dem Verzicht auf eine relevante Vermögensteuer wird die gigantische gesellschaftliche Umverteilung von unten nach oben vorangetrieben. Die Mittelschicht schrumpft weiter, die Abstiegsängste in den mittleren und gehobenen Schichten nehmen zu. Reaktionen richten sich jedoch in der Regel nicht gegen die Herrschenden und das Kapital sondern gegen vermeintlich Schwächere. Seit 2002 ist die AusländerInnenfeindlichkeit in der BRD weiter gestiegen. Seit 17. Januar gilt die Verschärfung des Arbeitslosengeldes II (ALG II). Schärfere Bestimmungen gibt es bei der Anrechnung von Vermögen bei Erwachsenen und Kindern, sofern dieses nicht fest für die Rente gebunden wird! Bei eheähnlichen Gemeinschaften bezahlt der/die jeweils Andere mit und dabei reicht es schon, wenn Kinder gemeinsam versorgt werden! Zudem liegt die Beweislast jetzt bei den Betroffenen. Der Kreis der Berechtigten wird reduziert und die Verschärfungen richten sich auch gegen EU-BürgerInnen, die in Deutschland Arbeit suchen oder nach weniger als 12 Monaten arbeitslos geworden sind.

Nach Angela Merkel »...sollen sich alle mit ihrem Einkommen am Sozialsystem beteiligen« – das heißt aber eben nicht in gleicher Weise, sondern vielleicht auch nur mit dem gleichen Beitrag. Die Mehrwertsteuererhöhung von 3 % ab Januar 2007 trifft die mit geringem oder keinem Einkommen ungleich härter. Die Rente mit 67 wird schrittweise umgesetzt und trifft dann voll die, die 1964 und später geboren wurden. Dabei werden die Menschen in der BRD nicht länger arbeiten, denn auch heute arbeiten sie statistisch im Durchschnitt nur bis 59,1 (Ost) bzw. 61,1 Jahre (West). Ziel des Staates ist vielmehr, dass die volle Rente erst mit 67 ausbezahlt werden muss. Rentenklau, Altersarmut – egal! – wenn nur das Loch in der Staatskasse schrumpft.

Das Erziehungsgeld wird künftig denen zugeschustert, die gut bezahlte Jobs haben, der urbanen Mittelschicht. Wer viel verdient bekommt jetzt bis zu 1800,- EUR, die Armen bekommen statt bisher 600,- EUR nur noch 300,- EUR Erziehungsgeld. Es ist den Herrschenden nicht egal, wer die Kinder bekommt!

Die Vertiefung der Klassenmedizin, auch Gesundheitsreform genannt, garantiert auch weiterhin die Riesengewinne der Pharmaindustrie und die Privatversicherung für besser Verdienende ohne Solidarausgleich. Der Ausbau privater Krankenhäuser zu Lasten

kommunaler Krankenhäuser und die Ausgabenkürzungen bei Fahrtkosten, Krankenhäusern und Hilfsmitteln wie Rollstühlen sind nur ein Teil der Verschlechterung. Der Einfluss privater Krankenhausbetreiber wird ansteigen, denn dort wird zukünftig die bessere Versorgung bei miesen Arbeitsbedingungen von Privat zu kaufen sein – auf Kosten der kommunalen Krankenhäuser.

Während in Berlin Die Linkspartei.PDS sämtliche Schweinereien mitträgt, fordert sie gleichzeitig ein bedingungsloses Grundeinkommen gegen den grundsätzlichen Zweck des Kapitals, nämlich die Profitmaximierung. Die Höhe bestimmt Die Linkspartei.PDS nach der Verträglichkeit mit dem Kapitalzweck. Damit ist klar, dass es mickrig ausfallen wird und niemand davon menschenwürdig leben kann. »Gegen Sozialabbau, innere Aufrüstung und Krieg« demonstrierten in Berlin am 3. Juni 2006 4000 – 6000 Menschen. Mitglieder der Ökologischen Linken Berlin und des BundessprecherInnenrates der Ökologischen Linken verteilten das Flugblatt »Gegen Sozialterror und imperialistische Kriege«. Am 25. Februar 2006 fand eine Demonstration gegen den Opernball in Frankfurt am Main unter dem Motto »Gegen die Innere Aufrüstung – Luxus für Alle« mit ca. 600 TeilnehmerInnen und überregionaler Beteiligung statt, deren TeilnehmerInnen sich massiver Repression der Polizei ausgesetzt sahen, die Demonstration lief faktisch in einem Polizeikessel.

Bildung für alle, Chancengleichheit, Förderung einer kreativen, allseitig ausgebildeten Persönlichkeit – alles Sprüche von gestern! Zukünftig kriegen die einen alles, die anderen werden abgeschrieben, bekommen immer weniger. Die neuen Sprüche, die neue Praxis: Überall Elite – privat und staatlich; Eliteuniversitäten und Eliteschulen. Die Herrschenden in Regierung und Parlament und das Kapital untergraben den Anspruch eines zumindest nach außen einheitlichen Schulsystems für alle und den Versuch zur Aufhebung der inneren Differenzierung durch die integrierten Gesamtschulen. Die schon immer vorhandene innere Differenzierung des Schulsystems – Haupt- und Berufsschule unten, Realschule untenoben und Gymnasium oben –, also die Klassenschule, wird für alle Bildungsinstitutionen ergänzt durch eine neue Spaltung. Die einen werden zur Elite erklärt und die anderen zu Handlangern degradiert. Den einen wird entsprechende öffentliche Förderung und Subventionierung durch das Kapital zuteil und den anderen eben nicht. Die Bildungsklassengesellschaft lüftet vorsichtig ihren Schleier.

In Griechenland traten im Mai/Juni 2006 landesweit die ProfessorInnen in den Dauerstreik und die StudentInnen besetzten mehr als 400 Universitätsinstitute. Sie sind dabei geschützt durch das Hochschulasyll. Sie kämpften gegen die Einschränkung des Hochschulasylls, die Begrenzung der Studienzeit und eine angestrebte Verfassungsänderung, die die Einführung privater Hochschulen und Institute mit Anerkennung der Abschlüsse ermöglicht. Diese Änderung wird aus Sicht der Herrschenden notwendig, wegen der EU-weiten Angleichung der Hochschulabschlüsse. Die Studierendenproteste gegen die Einführung von Studiengebühren hierzulande erreichten im Sommer zumindest in einigen Städten eine gewisse Dynamik. In Düsseldorf, Hamburg, Wiesbaden und Frankfurt/Main fanden Großdemonstrationen statt, an vielen Hochschulstandorten Besetzungen und Protestaktionen. Nicht nur in Frankfurt am Main wurden bei den Demonstrationen im Juni und Juli 2006 Straßen und Autobahnen besetzt und gegen den Ausverkauf der Universitäten durch Privatisierung und die zunehmende finanzielle Abhängigkeit von den Konzernen sowie gegen die Einführung von Studiengebühren protestiert. Gegen militante Aktionen von Teilen der StudentInnen gingen die Polizeikräfte brutal vor, viele Festnahmen und Verletzte waren die Folge. Die Sommerferien kappten den Widerstand. Eine Fortsetzung der Proteste mit weniger TeilnehmerInnen gab es zu Beginn des Wintersemesters u. a. in Frankfurt am Main, Gießen, Marburg und Köln. Länder, die derzeit noch keine Studiengebühren einführen, verschärfen die Zugangsbedingungen. Gebührenfreiheit gibt es nur für die Besten. Hochschulen werden profitorientierte Dienstleistungseinrichtungen. Während neben dem direkten Einfluss des

Kapitals die Naturwissenschaften an den Universitäten und Fachhochschulen mit zusätzlichem Geld vom Staat für die Interessen des Kapitals gepuscht werden, wickeln die Herrschenden die Sozialwissenschaften ab. Auch innerhalb der Hochschulen werden kapitalistische Verwertungskriterien verstärkt für die Zuteilung von zusätzlichem Geld herangezogen, Programme zur Eliteförderung verstärken die Konkurrenz unter den Hochschulen.

Die Vergiftung und Zerstörung von Menschen und Natur schreitet ungehindert voran. Nach jahrelangem Gerangel um die EU-Richtlinie »Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien« (REACH) müssen noch gerade 30.000 der ca. 100.000 bei der EU vor 1981 gemeldeten Chemikalien untersucht werden. Die weitere Aufweichung des ursprünglichen Entwurfs durch den Druck des Chemiekapitals und der EU-Regierungen wird jetzt als Kompromiss verkauft. Als gefährlich eingestufte, z. B. krebserregende Chemikalien, nach unterschiedlichen Schätzungen 1500 bis 3000 Stoffe, müssen darauf geprüft werden, ob es für sie einen bezahlbaren und sicheren Ersatz gibt, das so genannte Substitutionsgebot. Können die Konzerne nachweisen, dass es keinen Ersatzstoff gibt, wird diese krankmachende Chemikalie zeitlich begrenzt zugelassen. Das Chemiekapital konnte mit Unterstützung der EU-Regierungen durchsetzen, dass seine Lizenz zum Töten auf sechs Jahre erhöht wurde. Nach sechs Jahren muss eine erneute Lizenz, Zulassung beantragt werden. Weiterhin hat das Kapital jetzt einen Eigentumsschutz an den Prüfdaten von zwölf Jahren. Die bei Registrierung offengelegten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die Mixtur tödlicher Stoffe soll sechs Jahre geheim bleiben. Das nennt sich dann Datenschutz. Er war ursprünglich nicht vorgesehen. Dass dieser Kompromiss faulig ist, bevor er vom Ministerrat der EU und dem Europaparlament verabschiedet wird, ist offensichtlich. Nach Bundeswirtschaftsminister Michael Glos, CSU, soll die Produktion krebserregender Chemikalien die Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, also den Profit des Chemiekapitals genauso sichern wie die Umwelt und unsere Gesundheit. Der Sprecher des Umweltministeriums, Michael Schroeren, der ehemalige Pressesprecher des Bundesvorstandes der Grünen, nennt diesen Pseudokompromiss euphorisch »Tragfähig, vernünftig, fair«. Es stinkt unerträglich in den Regierungsetagen. Diese Niederlage wird vielen Menschen Krankheit und Tod sowie der Natur Nachschub von giftigen, Leben zerstörenden Chemikalien bringen.

Aktuell werden auch tödliche Gifte wieder eingesetzt, die weitgehend verboten waren. Da nicht genügend Geld in die Impfstoffforschung gesteckt wurde und werden soll, wird das Pestizid DDT in Malariagebieten wieder zur Bekämpfung der Anophelesmücke in Wohnhäusern eingesetzt. Nicht nur die Impfstoffforschung wurde vernachlässigt, sondern auch die flächendeckende Verteilung von Moskitonetzen bzw. der Ersatz von zerschlissenen ist nie vollzogen worden. DDT ist krebserzeugend und nervenschädigend und damit potenziell tödlich.

Ob in Putzmittel, Wandfarben, Sonnencreme, Kaugummi oder Tabletten – Nanoteilchen, 1000mal kleiner als Feinstaub, sind im Alltag angekommen. Auch ohne Kennzeichnungspflicht werden sie oft als Inhaltsstoff aufgeführt, um damit die »verbesserte Qualität« des Produkts anzupreisen. Obwohl über die Kleinstpartikel selbst und dem Verhalten in und am Menschen viel zu wenig bekannt ist, werden die Teilchen den Produkten sowie den Produktverpackungen beigegeben und das Kapital investiert weltweit in die Entwicklung jährlich 8 Milliarden Euro. Für eine ungehinderte Profitmaximierung werden Schäden für die Gesundheit von Menschen hingenommen, zum Beispiel können gehirnschädigende Prozesse ausgelöst werden. Alzheimer und Parkinson sind die Folge. Nanopartikel werden über die Organe vom Körper aufgenommen. Dass es zu schädlichen Reaktionen mit Körperzellen kommen kann, ist inzwischen bewiesen. Der Nanotechnologie wird als Querschnittstechnologie zur Steigerungen der Produktivität und Verbesserung der Eigenschaften von Produkten und Verpackungen in allen Branchen eingesetzt. In den Universitäten der

kapitalistischen Zentren ist die Technologie in Studiengängen oder Forschungszweigen flächendeckend angekommen.

Die tödlichen Folgen der Nutzung der Atomenergie sind längst bewiesen. Die kriminellen Verharmlosungen, die zum 20. Jahrestag von Tschernobyl geäußert wurden, gipfelten in der Veröffentlichung des auf Drängen der IAEO (Internationale Atomaufsichtsbehörde) gegründeten Tschernobyl-Forums der Vereinten Nationen Anfang des Jahres darin, im Zusammenhang mit der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl von weniger als 50 Todesfällen durch Strahlungsfolgen zu sprechen und von max. 4000 weiteren Krebs- und Leukämietoten! Andere Studien gehen von zehntausenden von Opfern aus, die erhöhten Leukämie- und Krebsraten sprechen für sich. 20 Jahre nach Tschernobyl kam es am 26. Juli 2006 durch einen Kurzschluss und den Ausfall von Notstromaggregaten im Reaktor 1 in Forsmark / Schweden fast zum Super-GAU. Atomkraftwerke sind jetzt schon Opfer der Klimakatastrophe. Wegen der anhaltenden Sommerhitze mussten Atomkraftwerke nicht nur der BRD ihre Leistung drosseln, weil die Flüsse durch das Kühlwasser zu stark erhitzt wurden.

Reformistische Umweltverbände verhinderten durch Kaffeekränzchen auf bundesweiten »Verbändenetzwerktreffen«, dass aus dem Anlass »20 Jahre Tschernobyl« mit einer zentralen Aktion gegen die Nutzung der Atomenergie und für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen und der Vernichtung aller Atomwaffen ein deutliches Zeichen des Widerstands gesetzt wurde. Bei der von den Verbänden mitveranstalteten Demonstration in Lüneburg wurden die Initiativen vor Ort für eine reformistisch orientierte Ausrichtung der Demonstration instrumentalisiert. Die vielen kleinen Aktionen, die aus diesem Anlass in der BRD stattfanden, konnten keine überregionale Wirkung entfalten. Ostern 2006 nahmen 30.000 DemonstrantInnen an den Protesten in Cherbourg/Frankreich gegen den Bau des Europäischen Druckwasserreaktors (EPR) teil. In Cherbourg wurde das englischsprachige Kurzinformativ der Ökologischen Linken verteilt, in Lüneburg das Flugblatt der Ökologischen Linken »Über den Atomstaat der deutschen Einheitspartei aus CDU/CSU/Linkspartei/FDP/Grünen«.

Im November 2006 wurden wieder 12 Castoren nach Gorleben transportiert. An den diesjährigen Protesten nahmen tausende DemonstrantInnen teil, deutlich mehr Menschen als im letzten Jahr. Mit vielfältigen und militanten Aktionen und Blockaden im Sitzen und im Stehen wurde im Wendland gegen den Transport protestiert, Mitglieder der Ökologischen Linken und des BundessprecherInnenrates der Ökologischen Linken verteilten die Restauflage des Anti-Atom-Flugblattes. Der Transport konnte wieder nur mit polizeistaatlicher Gewalt durchgesetzt werden. Bei den zum Teil drastischen Einsätzen der 16.000 PolizistInnen wurden 146 DemonstrantInnen verletzt.

Nach wie vor wird Geld in die mörderische Technologie gepumpt. Die Atomfusionsforschung wird z. B. in Greifswald durch das Land Mecklenburg-Vorpommern, Bundesmittel und EU-Gelder unterstützt, die Weiterentwicklung regenerativer Energien dagegen als Feigenblatt geführt. Ende Mai 2006 verständigten sich die Europäische Union (EU), Japan, Russland, USA, China, Indien und Südkorea auf Details zum Bau eines Internationalen, thermonuklearen Fusionsforschungskraftwerks (ITER). Bis 2017 sollen mindestens 4,6 Milliarden Euro in Caradache/Frankreich in die mörderische Technologie investiert werden.

In der BRD garantieren die Herrschenden den Weiterbetrieb aller Atomanlagen, wofür jetzt auch das längst widerlegte Klimaschutzargument aus der Mottenkiste geholt wird und der massenhaft anfallende Atommüll verharmlost wird. RWE beantragte im Oktober 2006 die Verlängerung der Laufzeiten von Biblis A, einem der ältesten Atomkraftwerke in der Republik. Das Nuklearabkommen zwischen den USA und Indien, das nicht einmal dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten ist, der Atomwaffenversuch Nordkoreas, die Drohungen

gegen das Atomprogramm des Iran, die Eröffnung eines Zentrums zur Urananreicherung in Brasilien zeigen den Willen zum Ausbau des Atomprogramms deutlich. Auch die BRD ist längst in die Atomwaffenforschung eingestiegen. Nachdem seit 1990 das Kriegswaffenkontrollgesetz geändert wurde, ist es der BRD offiziell erlaubt im Rahmen der NATO Atomwaffenforschung zu betreiben. Im Forschungsreaktor Garching wird trotz internationaler Proteste hochangereichertes, atomwaffenfähiges Uran verwendet. Das Nuklearforschungszentrum »Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffsbau und Schifffahrt GmbH« (GKSS) bei Geesthacht feierte 2006 sein 50-jähriges Bestehen. Am 12. September 1986 wurde durch einen Brand auf dem Gelände radioaktives Material freigesetzt, ggf. im Zusammenhang mit der Forschung an Mini-Atombomben, Mininukes. Seit 1990 kommt es bei Kindern in der Gegend um die Atomanlage zu einer eklatanten Häufung von Leukämieerkrankungen.

Im Auftrag von EU, Regierungen und Kapital wird Elektrosmog ohne absehbares Ende erforscht, um gesetzliche Regelungen für den VerbraucherInnenenschutz zu verhindern. So müssen Handyhersteller bis heute ihre Strahlungswerte nicht auf den Verpackungen angeben, obwohl gesundheitsschädliche Auswirkungen nachgewiesen sind.

Auch ohne EU-Verfassung wird die darin enthaltende Militärdoktrin mit der »präventiven« Anwendung militärischer Gewalt umgesetzt. Die EU-Interventionstruppen werden Stück für Stück weiter ausgebaut und sollen 2010 40.000 SoldatInnen umfassen. Über 9000 SoldatInnen der Bundeswehr beteiligten sich 2006 an Auslandseinsätzen. Im Rahmen der EUFOR-Truppe beteiligten sich 754 SoldatInnen beim Militäreinsatz im Kongo, unter ihnen auch KSK-SoldatInnen – offiziell zur Sicherung der Wahlen. Erstmals wurde unter Zustimmung des Parlamentes die Bundeswehr mit ca. 1000 SoldatInnen im Nahen Osten eingesetzt, um mit »robustem« also mörderischem Mandat die Überwachung des Seegebietes vor der libanesischen Küste zu übernehmen. Mit neuer Ausrüstung wie z. B. dem neuen Hubschrauber NH 90 wird auch die technische Ausrüstung auf die Anforderung von Einsätzen im Ausland angepasst und modernisiert. Im neuen »Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr 2006« werden als zentrale Aufgaben der Bundeswehr die außenpolitische Handlungsfähigkeit und der Beitrag zu Stabilität im europäischen und globalen Raum genannt. Schimmern hier die imperialistischen Interessen nur vage durch, werden sie unter dem Stichwort Globalisierung klar genannt: »Deutschland, dessen wirtschaftlicher Wohlstand vom Zugang zu Rohstoffen, Waren und Ideen abhängt, hat ein elementares Interesse an einem friedlichen Wettbewerb der Gedanken, an einem offenen Welthandelssystem und freien Transportwegen.«

Die nationalen Interessen werden aber auch auf Grillabenden an der Ostsee, wie dem Bush-Besuch im Mai 2006 in Stralsund, lanciert. Im Juni 2007 wird in Heiligendamm die große Show des G8-Gipfels stattfinden. Der linke Widerstand gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm ist in verschiedene Lager geteilt. Die Interventionistische Linke mit den Gruppen ALB, FeIS, Avanti, Libertad, u.a. nimmt an einem breiten, reformistisch weich gespülten Bündnis mit Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, attac und Anderen teil. Die Interventionistische Linke verzichtet dabei auf eine klare und radikale antikapitalistische Orientierung und stärkt erneut sozialdemokratische Illusionen, wie z. B. die der Reformierbarkeit der imperialistischen Weltwirtschaftsinstitutionen. Gruppen aus dem linksradikalen Spektrum haben sich als eigenständiges, bundesweites Bündnis Dissent! formiert. Innerhalb dieser Treffen hat der BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken gegen die Anpassung an die Interventionistische Linke gearbeitet und für eine wahrnehmbare linksradikale Präsenz bei den G8-Gipfel-Protesten plädiert. Eine eigenständige linksradikale Demonstration während des Gipfels und der Blockaden wird angestrebt.

Auch im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen den G8-Gipfel kommt dem Revolutionären 1. Mai 2007 in Berlin Bedeutung zu. Zumindest die ALB als Teil der Interventionistischen Linken sieht Aktionen zum Revolutionären 1. Mai in Berlin auch als eine Auftaktmobilisierung für die Gegenaktionen gegen den G8-Gipfel. Zudem gibt es 2007 zwanzig Jahre Revolutionärer 1. Mai Berlin. Der BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken versucht sich in Zusammenarbeit mit der Ökologischen Linken Berlin entsprechend in die Vorbereitung einzubringen.

Mitglieder der Ökologischen Linken sind auf der Liste der WählerInnengruppe ÖkoLinX-ARL zur Kommunalwahl 2006 in Frankfurt/Main erneut angetreten. Durch hohen Ressourceneinsatz und das Engagement vieler Aktiver konnten die Listenstimmen verdoppelt und das Gesamtergebnis von 0,9 % im Jahr 2001 auf 1,2 % 2006 auf Stadtebene gesteigert werden. Jutta Ditfurth ist damit weiter Stadtverordnete im Frankfurter Römer. Im Ortsbeirat 3, Stadtteil Nordend, erreichte ÖkoLinX-ARL 4,4 %. Damit ist Manfred Zieran für ÖkoLinX-ARL im Ortsbeirat 3, Stadtteil Nordend. Das gute Ergebnis am zentralen Standort des Bankkapitals konnte trotz der Konkurrenz der neuen Liste Die Linke.WASG erreicht werden. Die Änderung der Hessischen Gemeindeordnung raubte jedoch ÖkoLinX-ARL den Fraktionsstatus und alle sich daraus ergebenden Rechte und Gelder. Durch den Zusammenschluss mit der Europa Liste sollte die Mindestzahl von 2 für den Fraktionsstatus erreicht werden. Das Stadtparlament beschloss auf Antrag von Grünen, CDU, SPD und FDP die Grenze bei 3 Stadtverordneten zu ziehen. ÖkoLinX-ARL und Europa Liste haben jetzt beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof eine Normenkontrollklage gegen die Zulässigkeit der Geschäftsordnung des Frankfurter Stadtparlaments eingereicht. In Kassel klagt eine linke Liste gegen die Verfassungsmäßigkeit der Änderungen der Hessischen Gemeindeordnung hinsichtlich des Fraktionsstatus. Eine erfolgreiche Arbeit von ÖkoLinX-ARL ist zukünftig nur mit außerparlamentarischer Unterstützung, das heißt auch mit Spenden für den Prozess möglich. Bei einer positiven Gerichtsentscheidung kann ÖkoLinX-ARL im Römer wieder aus eigenen Mitteln die Arbeitsfähigkeit sichern. Trotz allem wird die Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung und im Ortsbeirat weiterhin ein Raum für politische Auseinandersetzungen und die Aufdeckung alltäglicher Schweinereien sein.

Endlich findet wieder voraussichtlich vom 27. bis 29. Juli 2007 ein Seminar »Strategien des Klassenkampfes« statt. Als Ort ist bis jetzt das Naturfreundehaus in Köln angefragt.

Der Wunsch des BundessprecherInnenrates:
Soziale Revolution sofort – 15 Jahre sind genug!

**Rechenschaftsbericht für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken
9./10. Dezember 2006 in Köln**